DÜSSELDORFER INSTITUT FÜR
AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

DIAS

DIAS-Kommentar

Nr. 73 • Februar 2006

Mark Glasow

Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus´ auf der internationalen Bühne

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus' auf der internationalen Bühne

"This was not an act of terrorism, but it was an act of War" sagte George W. Bush nach den Angriffen vom 11. September. Bei genauerer Betrachtung erscheint es jedoch kaum haltbar, den Terrorismus als bestimmenden Faktor und die dominierende Determinante unserer Welt nach dem Ende des Kalten Krieges anzusehen. Angesichts seiner Folgen ist er nicht mit einem Krieg vergleichbar. Vielmehr ist es sinnvoller, von einem weiteren Phänomen auf der internationalen Bühne auszugehen, welches schon immer existierte und in seiner Bedeutung lediglich zu anderen Bedrohungen aufgeschlossen hat.

"All attempts to destroy democracy by terrorism will fail. It must be business as usual" unterstrich schon Margaret Thatcher. Das reale Bedrohungspotential für die westliche Gemeinschaft, ihre wirtschaftlichen und politischen Grundlagen sowie ihre Werte müssen relativiert werden, da die bisherigen Auswirkungen terroristischer Gewalt keine existenzielle Bedrohung darstellen. Der angerichtete materielle Schaden war deutlich geringer als der subjektiv-psychologisch wahrgenommene.

Der Terrorismus muss in seiner Bedeutung für die internationale Sicherheit deutlich nüchterner bewertet werden. Er kann jedoch zur Initialzündung der überfälligen Reformierung institutioneller und juristischer Rahmenbedingungen der internationalen Beziehungen werden.

Die Vorstellung, Terroristen könnten A-, B- oder C-Waffen einsetzen, ist ohne Zweifel die bedrohlichste. Dies ist eine Option, auf die es sich vorzubereiten gilt. Sie darf jedoch nicht den realistischen Blick darauf verstellen, dass konventionelle Attacken nach wie vor die wahrscheinlichere Bedrohung darstellen. Die dazu nötigen Taktiken sind den Attentätern vertraut. Sprengstoffe aller Art sind weitaus risikoloser zu beschaffen, zu verstecken und einzusetzen als Massenvernichtungsmittel. Deren Wirkung hängt zusätzlich von Faktoren wie beispielsweise den Wetterbedingungen ab, auf die Täter keinen Einfluss haben. Aus Sicht der Terrorstrategen steht am Ende die Überlegung, ob sich das sehr viel höhere Risiko, gemessen an einem weitaus unkalkulierbareren Ergebnis, lohnt.

Die nach dem 11. September proklamierte US-Strategie des "War on Terror" ist inzwischen ein zu überdenkender Weg, der in seinen Folgen eine ungerechtfertigte Überreaktion darstellt und unnötig Ressourcen bindet. Keiner der bisherigen terroristischen Angriffe löste eine Bedrohung der staatlichen Existenz der Vereinigten Staaten aus. Weder politisch, noch wirtschaftlich oder bezogen auf die relevanten gesellschaftlichen Wertvorstellungen konnten Terroristen den USA und der westlichen Welt bisher dauerhaften Schaden zufügen. Im Gegenteil: wirtschaftliche Schäden sind längst überwunden; Gefahrenpotentiale und Sicherheitslücken werden zunehmend beseitigt, so dass die Folgen künftiger Angriffe immer effektiver begrenzt werden können.

Zum anderen gibt es eine Reihe ähnlich bedrohlicher Risiken in der Welt. Genannt seien die Folgen zusammenbrechender staatlicher Ordnung, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das künftige Konfliktpotential, resultierend aus der ungleichen Verteilung von Trinkwasserressourcen und landwirtschaftlichen Nutzflächen, die AIDS-Katastrophe in Afrika und die möglichen Folgen der Klimaproblematik. Diese Problemfelder stellen Potentiale dar, die nicht nur Einfluss auf zukünftige Migrationsbewegungen mit ihrem sozialen Sprengstoff haben, sondern die in Kriegen münden werden. Die zunehmende Vereinfachung, in den Besitz

von Massenvernichtungsmitteln oder entsprechendem Know-How zu ihrer Herstellung gelangen zu können, eröffnet äußerst bedrohliche Szenarien.

Folgerungen

Der vorliegende neue Denkansatz empfiehlt daher, die Dominanz des Terrorismus‘ bei der Definierung westlicher Außen- und Verteidigungspolitik zurückzunehmen. Der Krieg gegen den Terror darf nicht länger bestimmende und legitimierende Aufgabe sein. Es gilt vielmehr, den Terrorismus in das Spektrum internationalen Geschehens, welches sich auf die Interessen der westlichen Gemeinschaft auswirkt, zu integrieren und geeignete Antworten zu entwickeln. Die Verteilung von Ressourcen muss entsprechend angepasst werden. Nicht nur Hurrikan Katrina hat gezeigt, dass die bisherige exponierte Rolle der Terrorbekämpfung bei der Inanspruchnahme finanzieller, personeller und materieller Mittel neu überdacht werden muss.

Das bedeutet (also) konkret: nicht radikal neue Spielregeln als Folge einer grundsätzlich veränderten Welt sind nötig, sondern es gilt, die vorhandenen internationalen Rahmenbedingungen an dieses neue Phänomen anzupassen. Reaktionen wie “active counterproliferation”, “preemtion of terrorist attacks” oder Guantanamo widersprechen grundlegenden westlichen Wertvorstellungen. Sie erscheinen willkürlich und schaden auf Grund ihres Mangels an konzeptionell-strategischer Einbindung dem eigentlichen Ziel: der Förderung demokratischer oder zumindest demokratienaher Strukturen als dem besten Weg zu internationaler Sicherheit. Dieser Weg bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Problemen und Krisen, die über den Terrorismus hinausgehen, ebenso wirkungsvoll begegnen zu können.

Es gibt daher keinen Grund, beispielsweise die Respektierung rechtlicher - vor allem bürgerrechtlicher - Grundlagen aufzuheben. Sie sind die Basis für den Erfolg des westlichen Gesellschaftsmodells. Dieses Modell gilt es, auf der internationalen Bühne als Gegenentwurf zu religiösen oder ideologischen Modellen glaubwürdig zu vertreten und zu fördern. Die Schaffung einer internationalen Organisation zur weltweiten Unterstützung demokratischer oder antiautoritärer Bestrebungen ist geboten. Eine ganze Reihe von weiteren internationalen Institutionen, inklusive der UNO, müssen unter erheblich stärkeren Reformdruck gesetzt werden. Lokale Sicherheitsarchitekturen sind zu stärken. Flankierend muss internationales Recht modernisiert und der veränderten Situation angepasst sowie Proliferation international geächtet und mit allen Konsequenzen sanktioniert werden.

Problem Terrorismus

Der Terrorismus ist nicht neu. Er ist weder Weltanschauung noch Selbstzweck, sondern Taktik und Mittel zum Zweck. Er ist die Antwort auf eine als unüberwindlich wahrgenommene und daher als existenzbedrohend empfundene Macht – sei es eine politische, wirtschaftliche, militärische, geistige oder soziale. Ebenso alt ist staatlicher Terror zur Bekämpfung politischer Gegner. Bereits in der Antike finden wir dafür anschauliche Beispiele: die Vertreibung der Juden aus dem alten Ägypten zählt ebenso dazu wie die Christenverfolgung im Römischen Reich. Die Reihe lässt sich beliebig fortführen: mit den Kreuzzügen, der Schreckensherrschaft Robespierres, gleichfalls dem kommunistischen Terror. Dem gegenüber stehen die Befreiungskriege Afrikas, der Ku Klux Klan, die RAF, IRA und ETA. Terror gab es immer; und er reicht vom Altertum bis hinein in unsere jüngste Geschichte. Die USA sind die Supermacht der Gegenwart und stehen daher im Fokus. Hinter dem Terrorismus stehen klare politische Ziele, seien sie auch religiös oder ideologisch kaschiert. Es geht nicht um eine Auseinandersetzung von Weltanschauungen oder Religionen. Es geht um klassische politische Gegengewichtsbildung.

Im Unterschied zu früher sind heutige terroristische Attacken mit deutlich mehr Opfern verbunden und werden, durch ihre mediale Aufbereitung potenziert, als um ein Vielfaches bedrohlicher wahrgenommen. Grund ist, dass Einzelne, kleine Gruppen, lose Netzwerke oder Organisationen nach dem Ende der bipolaren Welt Zugang zu Wissen und Technologien erhalten haben, deren Zerstörungskraft ein Vielfaches dessen erreicht, was wir bisher kannten. Hinzu kommt, dass ihre dezentrale Struktur und relative Unabhängigkeit von staatlichen Ressourcen und Strukturen sowie ihre soziale Profilvielfalt modernen Terroristen eine beängstigende Unsichtbarkeit verleihen.

Die Ursachen für Terrorismus sind umstritten. Die Nichtexistenz eines internationalen Konsenses darüber, was als Terrorismus zu betrachten ist, erschwert die Suche nach den Ursachen. So wird auf vermeintlich "entschuldbare" Attacken von "Befreiungsbewegungen" verwiesen, bei denen von Terrorismus keine Rede sein dürfe. Als Gründe für Ablehnung bis hin zu Feindschaft gegenüber den USA und ihren Verbündeten haben Experten die weltweite US-Militärpräsenz, ihre Unterstützung von autoritären Regimen und die Macht ihrer Wirtschaft sowie die Attraktivität amerikanischer Werte für Menschen in aller Welt ausgemacht. Das ergaben sowohl Umfragen als auch die Analyse der Rekrutierungsmethoden von Terrornetzwerken.

Neue Antworten

Eine Reformierung internationaler Organisationen ist zwingend erforderlich. Dazu gehört die Reform der UN bei gleichzeitiger Stärkung lokaler Organisationen.

Es ist zweifelhaft, ob die UNO ihr internationales Gewaltmonopol erhalten kann. Sie erwies sich bisher als zu ineffizient in seiner Anwendung und auf Grund der Vielzahl unterschiedlicher Interessen ihrer Mitglieder als gefährlich unentschlossen und halbherzig in ihren Beschlüssen. Sie kann, gemessen an ihren eigenen Standards, bis heute keine Erfolge als Garant internationaler Sicherheit vorweisen. Als einzigartiges internationales Forum für alle Staaten der Welt, das ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Anliegen vorzubringen und gehört zu werden, ist die UNO jedoch alternativlos. Darin liegt ihre Kernkompetenz; und darauf gilt es, die knappen Ressourcen zu konzentrieren.

Lokale Sicherheitsstrukturen müssen zukünftig legitim sein - im Bedarfsfall ausgestattet mit der Kompetenz, auf der Grundlage eigener Beschlüsse Gewalt auch ohne die Zustimmung der UNO anwenden zu können. Das Argument, dies könne zu einem Zerfall der internationalen Gemeinschaft und damit in die Anarchie konkurrierender Bündnisse führen, ist abwegig. Erstens gibt es eine solche schon heute nicht, zweitens zeigen bestehende Allianzen keine Tendenzen in diese Richtung. Nicht nur der Irakkrieg hat bewiesen, dass in außenpolitischen, besonders aber in sicherheitspolitischen Fragen sogar die Mitgliedsstaaten der EU einzig eigenen Interessen folgen. Außerdem ist in einer zunehmend globalisierten Welt von der isolierten militärischen Option immer weniger Mehrwert zu erwarten - weder wirtschaftlich noch politisch. Sie braucht politisch-konzeptionelle Flankierung. Militärbündnisse können heute nicht mehr zum Selbstzweck bestehen. Auch das zeigt die Lage im Nahen Osten. Kurzfristige "Koalitionen der Willigen" gilt es hingegen zu verhindern, weil diese in einer zunehmend unkalkulierbaren internationalen Landschaft eine unnötige Quelle weiterer Unsicherheit darstellen würden.

Die Reformierung des internationalen Rechts ist ein weiterer Schritt. Die Sicherheit der Bürger in Freiheit muss Richtschnur des Handelns werden.

Es ist geboten, juristische Mechanismen und Regelungen zu entwerfen, die es ermöglichen, Bedrohungen bereits vor ihrem Akutwerden bekämpfen zu können. Der mögliche Tod hun-

derter, wenn nicht tausender Unschuldiger verlangt nach einer solchen Initiative. Die staatliche Integrität darf bei diesen Überlegungen kein Tabu mehr sein. Wer Terroristen unterstützt - inklusive moralischer Rechtfertigung religiöser oder ideologischer Eiferer - oder wer die Proliferation von Massenvernichtungswaffen beziehungsweise deren Know- How nicht aktiv bekämpft, muss mit Konsequenzen, inklusive der militärischen Option, rechnen. Die gewaltsame massenhafte Tötung von Unbeteiligten muss international verbindlich geächtet und sanktioniert werden.

Folgen für die USA

Die USA müssen ihre Rolle als Weltmacht neu definieren. Der Schwerpunkt ihres legitimen Führungsanspruches muss verschoben werden: weg von der offenen Darstellung militärischer Dominanz hin zu einem überzeugenden Darstellen ihrer Werte. Dabei kommt es darauf an, die Geduld aufzubringen, Interessen und Entscheidungsprozesse anderer ernst zu nehmen und eigenes Handeln verständlich zu kommunizieren. Tun die USA es nicht, bilden sich zwangsläufig Gegenpole. Die Reduzierung der US-Militärpräsenz in Rekrutierungsländern der Terroristen wäre ein erster Schritt auf diesem Weg. Dies ist ohne eine wesentliche Schwächung der Schlagkraft ihrer Streitkräfte möglich, da seegestützte Kräfte, küstennah stationiert, weiterhin bei Bedarf sehr schnell eingesetzt werden können. Darüber hinaus besteht die Option, sie durch luft- oder seegestützte Langstreckenwaffensysteme wirkungsvoll zu ergänzen. Kritische Landbasen sind also entbehrlich.

Die innenpolitische Dimension dieser Strategie liegt für die USA in der Notwendigkeit, ihre derzeitige gesellschaftliche Polarisierung zur überwinden. Der beschriebene Ansatz ist langfristig angelegt und beansprucht umfangreiche Ressourcen. Es bedarf also eines nationalen Konsenses, der Administrationen unterschiedlicher politischer Richtungen dasselbe Ziel verfolgen lässt. Es gilt außerdem, eine nationale Vorstellung darüber zu erreichen, wie sich die Vereinigten Staaten in Zukunft international wahrgenommen sehen wollen. Das Ergebnis muss einen Demokraten, aber auch einen Republikaner im Weißen Haus überdauern. Ein Weg ist sicherlich, die erfolgreiche amerikanische Nationalökonomie in Verbindung mit dem erfolgreichen gesellschaftspolitischen Modell mit allen Mitteln zu verstetigen sowie ihre ideellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen überzeugend zu vermitteln. Denn diese gelten nahezu allen progressiven Kräften in der Welt als Vorbild für ihren Kampf gegen die Tyrannei falscher Propheten.

Folgen für Europa und Deutschland

Dieser neue strategische Ansatz ist ein Gegenentwurf zu dem derzeit von der US-Administration verfolgten. Außerdem füllt er die außenpolitische Strategielücke der Demokraten. Insofern liegt es nahe, dass ein zukünftiger demokratischer Präsident sie adoptiert. Für Europa und Deutschland gilt es, bis dahin bereits Standpunkte bezogen zu haben und vorbereitet zu sein, um ihre Umsetzung inhaltlich beeinflussen zu können und nicht in Ermangelung eigener Vorstellungen erneut lediglich in der Rolle des Zaungasts zu brillieren.

Europa muss sich von althergebrachten nationalen, zum Teil ideologischen und juristischen Dogmen verabschieden. Das bedeutet ein kritisches Überdenken der UN-Fixierung, vor allem kontinentaleuropäischer Sicherheitspolitik, die deutliche Stärkung lokaler Sicherheitsstrukturen wie der NATO, die Konzentrierung der Ressourcen auf eine Sicherheitsstruktur bzw. -organisation anstelle der bisherigen Verzettelung auf Grund nationaler Kleingeistigkeit, die Neugestaltung herkömmlicher Rechtsvorstellungen in Bezug auf Präventivmaßnahmen und die Entwicklung eigener langfristiger Strategien, um progressive Kräfte in aller Welt wirksam unterstützen zu können. Europa kann auf inzwischen feste demokratische Strukturen mit all

ihren Kontrollmechanismen vertrauen. Daher sollte es vor dem Diskutieren und Entwickeln solcher Ideen und damit einem Mehr an Eigenverantwortung nicht zurückschrecken.

Deutschland spielte unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders, die geprägt war von Fehleinschätzungen, naiven Illusionen und handwerklichem Dilettantismus, international und für die Weiterentwicklung Europas eine zweifelhafte Rolle. Darüber hinaus genoss die damalige Bundesregierung als Verbündeter einen eher wankelmütigen Ruf. Sie war in ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, inkonsequent und hat daher drastisch an Einfluss auf der internationalen Bühne verloren. Deutschland muss seine Rolle in Europa und der Welt neu bestimmen. Eine breite, realistische und öffentliche Diskussion ist dazu nötig. Wird anschließend der Anspruch aufrechterhalten, Motor der EU sein zu wollen und international eine Veto-Macht im UN-Sicherheitsrat zu werden, muss Deutschland seine Position, seine Ziele und die Mittel, welche zu ihrer Durchsetzung eingesetzt werden sollen, klar definieren. Einer außenpolitischen Vision mit ihren strategischen Implikationen muss die Bereitschaft folgen, die nötigen Mittel und Ressourcen auch bereit zu stellen und dauerhaft verfügbar zu halten. Nur das schafft Glaubwürdigkeit - die wichtigste Voraussetzung für internationale Durchsetzungsfähigkeit.

Mark Glasow, Research Fellow, Hanns-Seidel-Foundation’s Washington and Brussels Office.
Der Text gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

DIAS-Kommentare

1	Alexander Alvaro Der globalisierte Terror	29. April 2003
2	Michaela Hertkorn Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship	17. Juni 2003
3	Henricke Paepcke Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak	17. Juni 2003
4	Panagiota Bogris Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein	18. Juli 2003
5	Ulf Gartzke Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative	19. Juli 2003
6	Lars Mammen Herauforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen	11. September 2003
7	Ulf Gartzke Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen	21. September 2003
8	Daniel J. Klocke Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce	21. September 2003
9	Elizabeth G. Book US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation	10. Oktober 2003
10	Dr. Bastian Giegerich Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines	12. Oktober 2003
11	Barthélémy Courtment Understanding the deep origins of the transatlantic rift	22. Oktober 2003
12	Rolf Schwarz Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th	09. November 2003
13	Ulf Gartzke Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War	15. November 2003
14	Daniel J. Klocke Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern?	15. November 2003
15	Panagiota Bogris Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung	21. November 2003
16	Jessica Duda Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change?	21. November 2003
17	Elizabeth G. Book Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union?	29. November 2003
18	Holger Teske Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung	29. November 2003
19	Niels-Jakob Küttner Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung	11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 Jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarken, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non–governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus-politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehéz Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichten-wesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada' s Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11.September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Garztke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America' s Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mistery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idas?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa´idas	28. Oktober 2009

150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter http://www.dias-online.org/31.0.html zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik
2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org